

# Riefaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Riefa. Verlagsnummer: Nr. 22.

Das Riefaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptzollamts Riefa.

Postfachkonto: Dresden 1334  
Groszstraße Riefa Nr. 62

Nr. 238.

Freitag, 10. Oktober 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen in bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 4 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Wochensatz, feste Tarife, Kündigungsrecht nach 14 Tagen, wenn der Betrag bezahlt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Achtstündige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Wochenzentrale 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riefa; für Anzeigen: Wilhelm Dittlich, Riefa.

## Auf dem toten Punkt.

Berlin. Die Verhandlungen über die Umbildung des Reichskabinetts sind nunmehr auf einem toten Punkt angelangt. Nachdem durch die gegenseitigen Vorbehalte der Deutschnationalen und der Sozialdemokraten die Fortführung der Bemühungen des Kanzlers zur Verwirklichung der Regierungskoalition nach rechts und nach links vollständig in Frage gestellt sind und der offizielle Abbruch der Verhandlungen unmittelbar bevorsteht, ist eine außerordentlich schwierige Situation für den Reichskanzler eingetreten. Bei den Besprechungen der Führer der Regierungsparteien mit Dr. Marx, die vor dem Empfang der Führer der Deutschnationalen und der Sozialdemokratie stattfanden, zeigte sich, daß die Deutsche Volkspartei im Gegensatz zum Zentrum und den Demokraten keinen Wert auf weitere Verhandlungen mit der Sozialdemokratie legt, sondern unter Ausschaltung der Linken eine Hinüberziehung der Deutschnationalen in das Reichskabinett zur Erörterung zu stellen. Auf diesen Vorschlag, den die Deutsche Volkspartei angeht, der hoffnungslossten Bemühungen des Kanzlers machen zu müssen glaubte, gingen jedoch die Demokraten nicht ein.

Am Donnerstag mittag fand unter dem Vorsitz des Reichskanzlers ein Ministerrat statt, der sich mit der Lage beschäftigte. Ueber den Verlauf der Ministerbesprechungen wird strengstes Stillschweigen bewahrt. Wir glauben zu wissen, daß das Reichskabinett sich zum ersten Male offiziell mit der Frage beschäftigte, welche Schritte im Falle eines Scheiterns der Regierungsverhandlungen zu unternehmen sind und ob die Notwendigkeit einer Reichstagsauflösung gegeben sein könnte. Jene Entscheidung in dieser Richtung konnte selbstverständlich nicht gefast werden. Allerdings hat man sich innerhalb der Reichsregierung einmütig dahin verständigt, daß man im Falle eines Scheiterns der Regierungsverhandlungen gewissermaßen ein „Reichstagsauflösung“ nach seinem Wiedereintritt am 15. Oktober die Vertretungsfrage zu stellen.

Innerhalb der deutschnationalen Reichstagsfraktion machen sich augenblicklich starke Bestrebungen geltend, deren Ziel es ist, eine vollständige Neubildung des Reichskabinetts herbeizuführen. Unter dem Einfluß des rechten Flügel der Partei scheint Dr. Dergat entschlossen zu sein, gegenüber den Richtlinien des Reichskanzlers eine schärfere Formulierung der deutschnationalen Forderungen aufzulegen innerhalb der Reichsregierung vorzunehmen. Es handelt sich dabei nicht um schriftlich formulierte Forderungen, sondern um ein Verhandlungsprogramm, das die deutschnationalen Reichstagsfraktion für den Fall mündlicher Besprechungen mit den anderen Parteien ausgearbeitet hat. Dieses Programm enthält sowohl in der Vollerfordrungs- als auch hinsichtlich der künftigen Gestaltung der auswärtigen Politik eine Reihe von grundlegenden Forderungen, die von den Richtlinien des Reichskanzlers ganz erheblich abweichen. Offenbar sind die deutschnationalen Führer bestrebt, eine Neubefragung des Reichskanzlerpostens herbeizuführen, um von vornherein eine einheitliche Linie in der Regierungspolitik zu bringen. Die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers Marx erachtet den Deutschnationalen im höchsten Grade unannehmlich, so daß sie offen sagen, auf die Fortsetzung der Besprechungen mit Dr. Marx keinen allzu großen Wert zu legen. Diese Vorgänge beweisen, daß nicht nur sachliche Gegensätze, sondern zum wesentlichen Teil auch persönliche Streitigkeiten den Gang der Verhandlungen außerordentlich erschweren.

## Der Pessimismus der Deutschnationalen.

Berlin. Von unterrichteter deutschnationaler Seite wird zu den letzten Verhandlungen über die Regierungsumbildung geäußert, daß man nunmehr eingesehen habe, daß die Taktik des Kanzlers und der Regierungsparteien nur darauf ausgeht, sich mit einiger Geschicklichkeit aus der Affäre zu ziehen und die Deutschnationalen als die eigentlichen Schuldigen an dem Nichtauskommen der Volksgemeinschaft hinzustellen. Die Deutschnationalen würden aus dieser Erkenntnis nunmehr die Folgerungen ziehen und zu weiterer Entgegenkommen sich nicht mehr bereit erklären. Von den Mindestforderungen, die am Mittwoch überreicht wurden, werde nicht abgesehen werden und auch in den Besprechungen, die am Donnerstag nachmittag noch einmal stattfanden und in denen der Reichskanzler vor allem die Fortführung der jetzigen Außenpolitik des Kabinetts als Vorbedingung stellte, verharren die Deutschnationalen auf ihrem bisherigen Standpunkt. Auch in eine Schonzeit für das jetzige Minderheitskabinett bis zum Januar werden sie auf keinen Fall einwilligen, sondern darauf hinarbeiten, daß die Auflösung des Reichstages so bald wie möglich stattfindet.

## Französischer Verzicht auf die 26 prozentige Ausfuhrabgabe?

Berlin. Im Zusammenhang mit dem Besuch des französischen Botschafters de Margerie beim Außenminister Dr. Stresemann verläutet in den unterrichteten Kreisen, daß die französische Regierung grundsätzlich bereit sei, auf die Erhebung der 26 prozentigen Ausfuhrabgabe zu verzichten. Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen sind gegenwärtig in vollem Gange. Man hat in Berlin den Eindruck, daß die Vorbereitungen zur Fertigstellung eines Entwurfs für den deutsch-französischen Handelsvertrag sehr glatt vor sich gehen und die eigentlichen Schwierigkeiten erst dann eintreten werden, wenn dieser Entwurf den beteiligten Regierungen zur Annahme vorzulegen ist.

## Die Besprechungen mit dem Reichskanzler.

Die Erweiterung der Regierung nach rechts gescheitert.

Berlin. (Zuspruch.) Auf Grund der gestrigen Anregung der Deutschen Volkspartei empfing der Reichskanzler heute vormittag die Fraktionsführer des Zentrums und der Demokraten, um sie über ihre Meinung zu befragen. An der Besprechung nahmen außer dem Reichskanzler Marx vom Reichskabinett noch der Vizekanzler Dr. Jarres, Reichswirtschaftsminister Hamm und Reichsernährungsminister Graf Rantky teil. Für das Zentrum waren erschienen die Abg. Behrenbach, Stegerwald und von Guertard, für die Demokraten die Abg. Koch, Erkelenz, Dr. Haas und Reinisch. Beide Fraktionen erklärten übereinstimmend, daß sie eine Erweiterung der Reichsregierung nach rechts im gegenwärtigen Augenblick für unopportun hielten.

Die Besprechung dauerte bis kurz vor 12 1/2 Uhr. Reichskanzler Marx empfing im Anschluß hieran sofort die Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die Abg. Müller-Franken, Weis und Hilsberding.

An der ersten Besprechung beim Reichskanzler nahmen, wie wir hören, auch Reichsaussenminister Dr. Stresemann und die beiden Führer der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz und Dr. Curtius teil. Die Führer der Deutschen Volkspartei erklärten, daß sie auf ihrem bisherigen Standpunkt verharren müßten. Die Ablehnung der Regierungserweiterung nach rechts wurde von den Führern der Demokraten und des Zentrums, wie wir weiter hören, nur für ihre Person ausgesprochen. Eine endgültige Entscheidung ist also den Fraktionen selbst vorbehalten. Die Besprechung des Reichskanzlers mit den sozialdemokratischen Führern dauerte nur wenige Minuten. Der Reichskanzler legte den Führern der Sozialdemokratie, wie es heißt, die Frage vor, wie sich die sozialdemokratische Fraktion im Falle eines Weiterbestehens des bisherigen Kabinetts verhalten würde. Außerdem wurde auch über die Auslegung des gestrigen Kommuniquees über die Besprechung der Sozialdemokratie mit dem Reichskanzler in der rechtsgerichteten Presse gesprochen.

Der Reichskanzler beabsichtigt nunmehr, die deutschnationalen Fraktion zu empfangen und sie gleichfalls zu fragen, wie sie sich dem Fortbestehen der bisherigen Koalition gegenüber zu verhalten gedenke.

Für 2 Uhr nachmittags sind dann die Führer der Koalitionsparteien wieder zum Reichskanzler geladen.

## Die Deutschnationalen zur Regierungserweiterung.

Berlin. (Zuspruch.) In der heute mittag stattgehabten Aussprache des Reichskanzlers mit den Beauftragten der Deutschnationalen Volkspartei teilten die deutschnationalen Vertreter ihre Auffassung zu den einzelnen Punkten der ihnen am Dienstag vorgelegten Richtlinien mit und erkannten dieselben als geeignete Grundlage für die weiteren Verhandlungen über die Regierungserweiterung an.

## Die Besprechungen von gestern.

Berlin. In der Aussprache, die gestern nachmittag zwischen dem Reichskanzler und den sozialdemokratischen Fraktionsführern stattfand, wurde von den sozialdemokratischen Unterhändlern erneut betont, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bereit sei, der vom Reichskanzler auf Grund seiner Richtlinien erstrebten Regierungserweiterung zuzustimmen. Sie stellten indes fest, daß der

Beschluß der deutschnationalen Reichstagsfraktion mit den Absichten des Reichskanzlers unvereinbar sei und daß sie daher den Plan des Reichskanzlers als gescheitert betrachten.

Berlin. In der Besprechung des Reichskanzlers mit den Beauftragten der Deutschnationalen Volkspartei wurde vom Reichskanzler Mitteilung von der Stellungnahme der sozialdemokratischen Verhandlungsführer gemacht. Die deutschnationalen Vertreter nahmen von der dadurch geschaffenen neuen Lage Kenntnis. Der Reichskanzler teilte hierauf mit, daß er nunmehr die Verhandlungen über die Schaffung einer Regierung unter Einbeziehung der Deutschnationalen und der Sozialdemokraten als erledigt ansehe und sich heute erneut mit den Parteien über den jetzt einzuschlagenden Weg ins Benehmen setzen werde.

## Die Berliner Presse und das Scheitern der Volksgemeinschaft.

Berlin. Die Berliner Morgenblätter sind sich alle darüber einig, daß die bisherigen Verhandlungen diese Wendung nehmen mußten und beschäftigen sich mehr oder weniger ausführlich mit dem, was nun werden wird. Die „Germania“, das Hauptorgan der Zentrumspartei, auf deren Haltung bei den weiteren Verhandlungen sehr viel ankommt, fällt klar in Schwelgerei und gibt lediglich die Besichte über die einzelnen Momente des gestrigen Verhandlungstages wieder. Das „Tageblatt“ ist der Auffassung, daß zweifellos bei den heutigen Besprechungen der Gedanke einseitiger Verhandlungen mit den Deutschnationalen abgelehnt werden wird. Die „Voll. Zeitung“ schreibt: Ohne Demokraten wird das Zentrum sicherlich für den Bürgerblock zu gewinnen sein. Dieser Eindruck ist durch den Verlauf der gestrigen Aussprache in der Zentrumspartei verstärkt worden. Nach der „Deutschen Tageszeitung“ muß es gleichzeitig für den Reichskanzler heute nur noch einen Weg geben, den einer Koalitionserweiterung unter den bürgerlichen Parteien. Der „Sozial-anzeiger“ kommt zu dem Schluss: Die Wahl liegt nun zwischen der Verständigung mit den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei auf der einen und Reichstagsauflösung auf der anderen Seite. Sollte sie zu Gunsten der Reichstagsauflösung erfolgen? Die Sozialdemokraten wissen sehr gut, warum sie uns auf diesem Wege ständig vorwärts treiben wollen. Für den Reichskanzler wird es aber wohl doch eine Grenze geben, bis zu der er ihnen in diesem Punkte gefällig sein kann. Nach der „Kreuzzeitung“ muß nun die Fragestellung lauten: Staatsbürgerliche Regierung oder Reichstagsauflösung? Die „Berliner Morgenzeitung“ schreibt: Der Gedanke, den Reichstag aufzulösen, wird angesichts der internationalen Lage, insbesondere der Krise in England, jetzt auch wohl bei den Sozialdemokraten an Spannkraft verlieren und die ganze Umwicklung wird hoffentlich recht bald damit enden, daß die Deutschnationalen, einen, ihrer Stärke entsprechenden Einfluß in der Reichsregierung erhalten. Der „Vorwärts“ tritt natürlich für Neuwahlen ein und meint, die Frage der deutschen Neuwahlen müsse sein: ob links oder rechts regiert werden soll. Eine andere Auffassung vertritt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“: Dem Erlöschen der Deutschen Volkspartei, nunmehr die Beendigung einer nach rechts erweiterten Regierung zu erstreben, wird der Reichskanzler zweifellos entsprechen. Denn es muß als ausgeschlossen gelten, daß er die Verantwortung für die Auflösung des Reichstages in einer Situation übernehmen will, in der eine Wendung der parlamentarischen Kräfteverhältnisse nicht zu erwarten ist und namentlich nur höchst bedenkliche Verzögerungen bei der Erledigung dringender außen- und innenpolitischer Aufgaben zur Folge haben würde.

## Amerikafahrt am Sonnabend früh.

Berlin. Wie aus Friedrichshafen gemeldet wird, ist die Ausfahrt des „S. M. 3“ von Dr. Cäner am Sonnabend früh 8 Uhr festgesetzt worden.

## Das Jubiläum des Weltpostvereins.

Berlin. Aus Anlaß des 50-jährigen Bestehens des Weltpostvereins fand gestern abend im Lichthof des Postmuseums eine Feier statt, an der außer dem Reichspräsidenten und mehreren höheren Behörden auch die Witwe des ersten deutschen Generalpostmeisters von Stephan erschienen war. Reichspostminister Hoffe begrüßte die Versammlung und wies darauf hin, daß in diesen Tagen vor 50 Jahren in der Schweizer Bundeshauptstadt Bern das Werk vollendet wurde, daß alle Kulturnationen in weltwirtschaftlicher Hinsicht zu einer Einheit verschmolzen hat. Die Deutschen dürften stolz auf dieses Werk sein, ist es doch einer der ihren gewesen, der den Anstoß zu diesem internationalen Bund gegeben hat. Von Stephan. Zur besonderen Freude gereichte es ihm, inmitten dieser Versammlung die Lebensgefährtin dieses Mannes zu sehen. Wenn die Reichspost in dem Weite Stephan weitergeleitet werde,

dann dürfe man hoffen, sie wieder auf die stolze Höhe zu bringen, zu der sie der erste Generalpostmeister geführt hat. — Der Präsident der Oberpostdirektion Geheimrat Voltraud Schenk hielt dann einen Vortrag über die Entstehung und Bedeutung des Weltpostvereins. Es folgten praktische Vorkämpfungen aus dem Gebiete des Fernsprech- und Funkwesens und der telegraphischen Übertragung von Lichtbildern.

## Die Wirtschaftsverhandlungen in Paris.

Berlin. Wie der „Sozialanzeiger“ aus Paris meldet, machte in der gestrigen Sitzung der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen die Angleichung der beidenseitigen Standpunkte Fortschritte und man glaubt bestimmt, heute und in den nächsten Tagen weitere Fortschritte zu machen, so daß Hoffnung auf eine Verständigung berechtigt ist.

## Die Kämpfe in China.

Schanghai. Nach der Einnahme von Schanghai durch die Truppen Tschangholins, die vorgestern abend erfolgte, haben sich die Tschanghol-Truppen in der Richtung auf Tschinwangtao zurückgezogen. Zahlreiche Soldaten sind zur Armee Tschangholins überlaufen.